

Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)

des Laser Zentrum Hannover e.V. (LZH) für die Ausführung
von Lieferungen und Leistungen

Inhaltsverzeichnis

- 1 Vertragsbestandteile (§ 1)
- 2 Preise, Kalkulation der Angebote
- 3 Änderung der Vergütung (§ 2 Nr. 3)
- 4 Mehr- oder Minderleistungen (§ 2)
- 5 Verpackung
- 6 Ausführung der Leistungen (§ 4)
- 7 Sprache
- 8 Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) (§ 4 Nr. 4)
- 9 Abnahme (§ 13)
- 10 Auftragsentziehung - Kündigung oder Rücktritt (§§ 7, 8)
- 11 Gewährleistung und Verjährung (§ 14)
- 12 Rechnung (§ 15)
- 13 Bezahlung, Abtretung (§ 17)
- 14 Umwelt- und Arbeitsschutzanforderungen
- 15 Haftung des Auftraggebers
- 16 Haftung des Auftragnehmers
- 17 Betriebshaftpflichtversicherung
- 18 Schlüssel, Transponderkarten
- 19 Zugang zum LZH
- 20 Berufsgenossenschaft / Unfallversicherung
- 21 Meldung von Mängeln und Schäden
- 22 Fundsachen, Telefongespräche
- 23 Rauchverbot
- 24 Geräte, Materialien
- 25 Wasser, Strom
- 26 Vertragsänderungen
- 27 Gerichtsstand (§ 19)

1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1 VOL/B)

- 1.1 Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt. Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander:
 - a. Die Leistungsbeschreibung mit Vorrang gegenüber Plänen/Zeichnungen
 - b. Besondere Vertragsbedingungen
 - c. etwaige Ergänzende Vertragsbestimmungen
 - d. etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen
 - e. etwaige allgemeine Technische Vertragsbedingungen
 - f. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- 1.2 Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrags. Abweichungen von den in Nr. 1.1 angegebenen Vertragsbestandteilen wie auch mündliche Abreden gelten nur, wenn der Auftraggeber sie schriftlich bestätigt hat. Dies gilt nicht für einen angebotenen Skontoabzug.
- 1.3 Durch die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt.

- 1.4 Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

2 Preise, Kalkulation der Angebote

- 2.1 Die Preisvereinbarung dieses Auftrags unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Auftrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o. a. Verordnung, soweit nicht in dem Auftrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- 2.2 Mit der Annahme des Auftrags ist der Auftragnehmer verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v. H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v. H. darf nicht überschritten werden.
- 2.3 Die Preise sind so zu kalkulieren, dass in ihnen alle Kosten des Auftragnehmers die zur Erbringung der in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Leistung enthalten sind. Diese schließen auch alle Nebenkosten, wie z. B. Material, Geräte und Maschinen ein.

3 Änderung der Vergütung (§ 2 Nr. 3)

Beansprucht der Auftragnehmer auf Grund von § 2 Nr. 3 VOL/B eine erhöhte Vergütung, muss sie bzw. er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - anzeigen. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

4 Mehr- oder Minderleistungen (§ 2)

Bei markt gängigen, serienmäßigen Erzeugnissen, für die Einheitspreise im Vertrag vorgesehen sind,

- ist der Auftragnehmer verpflichtet, Mehrleistungen bis zu 10 v. H. der im Vertrag festgelegten Mengen zu den im Vertrag festgelegten Einheitspreisen zu erbringen,

- begründen Minderungen bis zu 10 v. H. der im Vertrag festgelegten Mengen keinen Anspruch auf Änderung der im Vertrag festgelegten Einheitspreise.

Auf Verlangen sind neue Ausführungsfristen zu vereinbaren.

5 Verpackung

Verpackungen sind aus umweltverträglichen und die stoffliche Verwertung nicht belastenden Materialien herzustellen.

Abfälle aus Verpackungen sind dadurch zu vermeiden, dass Verpackungen

1. nach Volumen und Gewicht auf das zum Schutz des Füllgutes notwendige Maß beschränkt werden,

2. so beschaffen sein müssen, dass sie wieder verwendbar sind, soweit dies technisch möglich und zumutbar sowie vereinbar mit den auf das Füllgut bezogenen Vorschriften ist,

3. stofflich verwertet werden, soweit die Voraussetzungen für eine Wiederverwendbarkeit nicht vorliegen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sofern in der Leistungsbeschreibung ausdrücklich vorgesehen, Verpackungen nach Gebrauch zurückzunehmen und einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zuzuführen.

Der Auftragnehmer gewährleistet die umweltgerechte Entsorgung.

Verzichtet der Auftraggeber auf die Rücknahme der Verpackungen, so gehen diese - wenn nichts anderes vereinbart ist - ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über. Wird in gemieteten Behältern geliefert, so hat der Auftragnehmer - wenn nichts anderes vereinbart ist - keinen Anspruch auf besondere Vergütung der Mietgebühren.

6 Ausführung der Leistungen (§ 4)

6.1 Die Leistungen sind in der angebotenen Ausführung zu liefern und müssen den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere den gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Bestimmungen entsprechen.

6.2 Der Auftragnehmer hat die für die Prüfung der Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik erforderlichen Unterlagen in deutscher Sprache dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Sollte sich bei der Überprüfung herausstellen, dass Ziffer 6.1 nicht beachtet wurde, so hat der Auftragnehmer die Kosten der Überprüfung zu übernehmen und den ordnungsgemäßen Zustand der Geräte und Anlagen auf seine Kosten unverzüglich herzustellen. Ist der Auftragnehmer mit der Beseitigung des Mangels im Verzuge, so kann der Auftraggeber den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen. Die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu unterrichten. Dazu sind ihm auf Wunsch die Ausführungsunterlagen zur Einsicht vorzulegen, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Zutritt zu den in Betracht kommenden

Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen zu gewähren.

6.3 Beschreibungen, Zeichnungen oder Muster, die der Auftragnehmer erhalten hat, bleiben Eigentum des Auftraggebers. Sie sind dem Auftraggeber nach Ausführung des Auftrags kostenfrei zurückzugeben

6.4 Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dergleichen sind auch ohne besondere Vereinbarung der zu erbringenden Leistung beizufügen.

7 Sprache

Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

8 Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) (§ 4 Nr. 4)

8.1 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags erfüllen. Er ist gehalten, zu Unteraufträgen mittlere und kleine Unternehmen in dem Umfang heranzuziehen, wie es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen zu vereinbaren ist.

Unterauftragnehmer sind bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Sie unterliegen der in Nummer 2.1 aufgeführten Verordnung.

Der Auftragnehmer hat der Beauftragung von Unterauftragnehmern die Regelungen der UVGO zu Grunde zu legen und VOL/B zum Vertragsinhalt zu machen. Dem Nachunternehmer dürfen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, Gewährleistung und Vertragsstrafe - keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt werden als zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart sind.

8.2 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Namen, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich bekanntzugeben. Beabsichtigt der Auftragnehmer Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 4 VOL/B einzuholen.

9 Güteprüfung (§ 12 VOL/B)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

10 Abnahme (§ 13)

10.1 Leistungs- und Erfüllungsort ist - wenn nichts anderes vereinbart ist - der Sitz der empfangenden Dienststelle (Empfangsstelle).

10.2 Die Liefergegenstände sind - wenn nichts anderes vereinbart ist - auf Gefahr des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle zu liefern. Liefertermine sind mit dem Auftraggeber rechtzeitig abzustimmen.

10.3 Teilleistungen sind nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

10.4 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und einer zufälligen Verschlechterung geht erst auf den Auftraggeber über, wenn der zuständige Mitarbeiter der Empfangsstelle die Lieferleistung des Auftragnehmers abgenommen, bei Aufbauleistungen mit der Abnahme, oder, wenn eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, die Lieferung des Auftragnehmers angenommen ist.

11 Auftragsentziehung

Kündigung oder Rücktritt (§§ 7, 8)

11.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer Personen, die aufseiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (§§ 331 ff StGB) anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die aufseiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

11.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben

sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 38 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

11.3 Tritt der Auftraggeber gemäß Nr. 10.1 oder 10.2 vom Vertrag zurück, so finden die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit der Auftraggeber für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen; die nicht verwendbare Leistung wird dem Auftragnehmer auf dessen Kosten zurückgewährt.

11.4 Der Auftraggeber kann – abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen – das Vertragsverhältnis fristlos kündigen, wenn ihm aus einem durch den Auftragnehmer zu vertretenden wichtigen Grund die

Fortsetzung des Vertrages nicht zugemutet werden kann. Dies ist insbesondere dann gegeben, wenn der Auftragnehmer

- a) den Bestimmungen dieses Vertrages zuwiderhandelt,
- b) in Insolvenz gerät oder die Voraussetzungen zur Durchführung eines Insolvenzverfahrens gegeben sind oder wenn
- c) für den Auftraggeber die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Auftragnehmers liegenden Grunde unzumutbar wird.

Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers infolge fristloser Kündigung sind ausgeschlossen.

Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund (§ 626 BGB) bleibt unberührt.

11.5 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

12 Gewährleistung und Verjährung (§ 14)

Die Verjährungsfrist der Gewährleistungsansprüche beginnt mit der unbeanstandeten Abnahme der Leistung oder, wenn eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, mit der unbeanstandeten Annahme der Lieferung.

13 Rechnung (§ 15)

13.1 Die Rechnung muss die Bestellnummer des Auftraggebers enthalten und dem Auftraggeber innerhalb von zehn Kalendertagen nach Erbringung der Leistung/Teilleistung vorliegen.

13.2 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

13.3 Bei Teilrechnungen aufgrund von Teillieferungen müssen gelieferte und restliche Mengen klar ersichtlich sein. In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben. Die letzte Teilrechnung ist als solche und als Schlussrechnung zu kennzeichnen.

13.4 Ein Anspruch auf Bezahlung der Rechnung besteht nur, wenn ihr prüfungsfähige Unterlagen über die Lieferung/Leistung an die Empfangsstelle beigelegt sind; dies geschieht in der Regel mit Hilfe quittierter Lieferscheine bzw. Leistungsnachweise.

13.5 Mit einer Zahlung ist weder eine Abnahme noch ein Anerkenntnis der Mangelfreiheit der Leistungen verbunden.

14 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und

Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwerissen und

- die Gerätekenngößen enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

15 Bezahlung, Abtretung (§ 17)

- 15.1 Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung, und soweit nichts anderes vereinbart ist, nach Wahl des Auftraggebers innerhalb von 14 Tagen (ggf. unter Abzug eines vereinbarten Skontos) oder innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Sie kann früher gemäß den vereinbarten Zahlungsbedingungen erfolgen.
- 15.2 Die Zahlungs- und Skontofrist beginnt mit dem Eingang der prüfungsfähigen Rechnung bei der benannten Dienststelle, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs gemäß Nummer 9.4 dieser Vertragsbedingungen.
- 15.3 Die Zahlung gilt als geleistet
- bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln mit dem Tag der Übergabe oder der Einlieferung,
 - bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto des Auftraggebers mit dem Tag des Zugangs des Überweisungsauftrages beim Geldinstitut des Auftraggebers.
- 15.4 Eine Abtretung der Forderung des Auftragnehmers ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers rechtswirksam.

16 Umwelt- und Arbeitsschutzanforderungen

Die zum Zeitpunkt der Leistungsausführung geltenden Umweltschutzanforderungen, sowie die Arbeitsschutzanforderungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union müssen erfüllt werden. Im Zweifelsfall gilt das strengere Recht. Des Weiteren verpflichtet sich der Auftragnehmer die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten.

17 Haftung des Auftraggebers

- 17.1 Die Haftung des Auftraggebers für sein eigenes Verschulden oder das seiner Vertreter und Erfüllungsgehilfen ist auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz beschränkt. Dies gilt auch für Schäden aus der Verletzung von Pflichten bei etwaigen Vertragsverhandlungen.
- 17.2 Für Personen- und Sachschäden jeder Art, die dem Auftragnehmer und dessen Personal in Zusammenhang mit der zu erbringenden Leistung entstehen, übernimmt der Auftraggeber keine Haftung. Dieser Ausschluss des Auftraggebers gilt nicht bei vorsätzlicher Schädigung des Auftragnehmers. Sollten Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden, ist der Auftragnehmer zur Freistellung verpflichtet.

18 Haftung des Auftragnehmers

- 18.1 Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder die im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Arbeitskräfte verursacht werden. Soweit Dritte Schaden erleiden und den Auftraggeber in Anspruch nehmen, ist der Auftragnehmer verpflichtet den Auftraggeber unverzüglich freizustellen.

19 Betriebshaftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer schließt für die Dauer des Vertrages eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen ab:

Personen- und Sachschäden:	5.000.000,-	Euro
Vermögensschäden:	1.000.000,-	Euro
Umweltschäden	1.000.000,-	Euro
Verlust von Schlüsseln, u.ä.:	25.000,-	Euro

20 Schlüssel, Transponderkarten

- 20.1 Erhalten die Mitarbeiter des Auftragnehmers zur Erfüllung des Auftrags Schlüssel oder Transponderkarten sind diese bis zur Rückgabe vom Auftragnehmer in Verwahrung zu nehmen.
- 20.2 Der Erhalt von Schlüsseln bzw. Transpondern ist im Sekretariat des Auftraggebers zu quittieren. Schlüssel bzw. Transponder sind nach Beendigung der Leistungserbringung bzw. des Vertrages dem Auftraggeber zurückzugeben.
- 20.3 Von Schlüsseln bzw. Transpondern dürfen keine Duplikate angefertigt werden.
- 20.4 Der Verlust von Schlüsseln oder Transpondern ist dem Auftraggeber umgehend anzuzeigen. Schäden, die durch Verlust oder Missbrauch entstehen, trägt der Auftragnehmer.

21 Zugang zum LZH

Der Zugang zum LZH darf nur durch den Vorder- oder Hinterausgang erfolgen. Sämtliche Notausgangstüren, Rolltore sind alarmgesichert. Unbefugtes Öffnen führt zur Alarmmeldung. Anfallende Kosten durch unbefugtes Öffnen sind durch den Auftragnehmer zu tragen.

22 Berufsgenossenschaft / Unfallversicherung

Bis Vertragsende hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber jede Änderung einer Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer muss Mitglied der gesetzlichen Unfallversicherung sein.

23 Meldung von Mängeln und Schäden

- 23.1 Werden bei der Erfüllung der Leistung Mängel und Schäden in den Räumen des Auftraggebers und an den Einrichtungsgegenständen festgestellt, sind diese dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Soweit diese Mängel und Schäden zu einer Gefährdung des Auftragnehmers führen können, darf die weitere Leistungserbringung in dem betroffenen Bereich nicht vor Abstellen der Beanstandung ausgeführt werden.

24 Fundsachen, Telefongespräche

- 24.1 Der Auftragnehmer und die im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Arbeitskräfte sind verpflichtet, alle offensichtlichen Fundsachen, sofort abzugeben. Auf diese Verpflichtung sind die eingesetzten Arbeitskräfte vom Auftragnehmer hinzuweisen.

- 24.2 Die Benutzung der in den Diensträumen befindlichen Telefonapparate, Telefaxgeräte, Computer und Kopierer ist nicht gestattet.

25 Rauchverbot

Es besteht generell Rauchverbot innerhalb des Gebäudes. Kosten, die durch Missachtung entstehen, insbesondere durch Fehleinsätze von Rettungskräften, trägt der Auftragnehmer.

26 Geräte, Materialien

- 26.1 Sämtliche für die Leistungserbringung erforderlichen Maschinen und Geräte stellt der Auftragnehmer auf seine Kosten, soweit es nicht anders in der Leistungsbeschreibung vereinbart ist. Alle Maschinen und Geräte müssen geprüft und in einem technisch einwandfreien Zustand sein (VDE/GS-Zeichen). Eventuelle Schäden müssen vor dem erneuten Gebrauch fachgerecht behoben werden.

- 26.2 Prüfpflichtige Betriebsmittel sind entsprechend der vorgeschriebenen Prüfzeiten zu prüfen und mit einer entsprechenden Prüfplakette zu versehen. Auf Verlangen ist die Dokumentation der Prüfung durch den Auftragnehmer dem Auftraggeber vorzulegen.

27 Wasser, Strom

Das zur Leistungserbringung notwendige Trinkwasser oder der elektrischer Strom wird vom Auftraggeber unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer hat auf einen sparsamen und umweltfreundlichen Verbrauch zu achten.

28 Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

29 Gerichtsstand (§ 19)

Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages sowie aus dem Vertragsverhältnis richtet sich ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.